

Antrag Nr. 03-F-03-0058

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Betreff:

Außerordentliche Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Berlin am 24.09.2003
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 09.09.2003 -

Antragstext:

Der Ausschuss möge beschließen:

1. Der Magistrat möge an die außerordentliche Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Berlin am 24.09.2003 folgende Positionsbestimmung der Landeshauptstadt Wiesbaden übermitteln:

“Die Landeshauptstadt Wiesbaden unterstützt mit Nachdruck die Bemühungen des Deutschen Städtetages, bei der anstehenden Reform der Steuer- und Sozialversicherungssysteme eine nachhaltige Entlastung der kommunalen Haushalte zu erreichen. Die Landeshauptstadt Wiesbaden betont, dass die Handlungsfähigkeit der kommunalen Selbstverwaltung in ihrer Substanz bedroht ist, wenn diese Entlastung ausbleibt. Deshalb fordert sie Bundesregierung und Bundestag auf, bei den anstehenden Verhandlungen zur Reform der Steuer- und Sozialversicherungssysteme keine Lösung zu akzeptieren, die den Kommunen finanzielle Lasten aufbürdet.”

2. Die Landeshauptstadt Wiesbaden entsendet zur Übermittlung dieser wichtigen Stellungnahme eine/n Delegierte/n zur außerordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Berlin. Auf die Entsendung weiterer Vertreter/innen wird aus Gründen der gebotenen Kostenersparnis verzichtet.

Begründung:

Wiesbaden, 09.09.2003

gez.: Stefan Burghardt
Fraktionsvorsitzender

F.d.R.: Georg Habs
Fraktionsgeschäftsstelle